

Es ist schon bemerkenswert, dass der ehemalige SPD-Generalsekretär zu diesem Punkt spricht. Ich habe das Thema „Panikmache“ genannt, weil ihr in eurer Überschrift von einem Super-GAU, und zwar nicht in Anführungsstrichen, sprecht. Ein Super-GAU ist ein atomarer Unfall, bei dem mehrere Zehntausend Menschen sterben.

Wir haben im Nahverkehr eine schwierige Situation.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Aber so wie ihr hier versucht, das Thema hier hochzujazzen – auch André Stinka in seiner Rede vorhin –, ist es der Lage in Nordrhein-Westfalen und bei Abellio nicht angemessen.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Zu dieser Verschiebebahnhofgeschichte: Blicken wir zurück auf die letzten 15 Jahre in Nordrhein-Westfalen, von 2005 an. Man braucht nicht gut in Mathematik sein, um darauf zu kommen, dass die jetzige Landesregierung, jedenfalls die Parteien, die sie tragen, neuneinhalb Jahre in der Verantwortung in NRW waren und Rot-Grün sieben Jahre. Man kann immer sagen: Das habt ihr versäumt. Das hat der Kollege Hausmann im ersten Redebeitrag auch versucht und erklärt: Das ist versäumt worden, und das ist versäumt worden. – Das bringt in der aktuellen Lage überhaupt nichts.

Die Fragen lauten: Wie kommen wir da jetzt möglichst vernünftig raus? Wie wird das finanziert? Wie sind die Übergänge? Wie läuft die Vergabe?

Und nach vorne gerichtet: Wie umgeht man eine solche Situation unter Wahrung des notwendigen und richtigen Wettbewerbs in Zukunft? Das ist die entscheidende Frage, die sich stellt. Es geht um neue Rezepte, und wir müssen auch, glaube ich, ein bisschen aus der Komfortzone heraus.

Ich erinnere mich an ein gutes Gespräch, dass wir in rot-grüner Regierungszeit hatten. Horst Becker war Staatssekretär, Jochen Ott war verkehrspolitischer Sprecher, und Oliver Wittke war noch Geschäftsführer des VDV NRW. Wir haben damals in unserem Fraktionssaal gegessen und drei bis vier Stunden genau über diese Frage, über die Landeseisenbahngesellschaft, diskutiert. Wir hatten eine gute Idee und ein gutes Konzept. Das ist zehn Jahre her.

Wir haben es nicht umgesetzt, weil der Widerstand in den Verbänden, der Widerstand in den Versammlungen des VRR, des VRS etc. massiv war. Die Leute sind ständig untereinander und gegeneinander aktiv. NWL, VRR und VRS waren sich aber in einer Sache einig, nämlich dass Sie ein stärkeres Eingreifen, eine stärkere Vorgabe oder ein stärkeres Lenken des Landes nicht wollten. Ich meine, dass wir diese Debatte führen müssen.

Ich bin noch nicht an dem Punkt, zu sagen: Wir brauchen unbedingt eine Landeseisenbahngesellschaft, wie es sie in Niedersachsen gibt. Aber es würde sich lohnen, diese Debatte einmal miteinander zu führen. Das wäre viel, viel zielführender als das Gefecht, das heute Morgen stattgefunden hat. Das bringt uns nämlich in der konkreten und realen Sache nicht weiter.

Das zu erwähnen war mir noch wichtig, deswegen habe ich mich ein zweites Mal zu Wort gemeldet. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Vereinzelte Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Das bleibt auch so. Dann schließe ich die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1.

Ich rufe auf:

2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz – IfSBG-NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15768

erste und zweite Lesung

In Verbindung mit:

Entwurf einer Verordnung zur Steuerung der stationären Versorgungskapazitäten in einer epidemischen Lage (Stationäre Versorgungskapazitäten-Verordnung – StaVersKapVO-NRW)

Vorlage 17/6053

Ich weise darauf hin, dass ich wegen der Eilbedürftigkeit davon absehe, den Verordnungsentwurf gemäß § 85 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung an die zuständigen Ausschüsse zu überweisen. Vielmehr soll, wie vereinbart, über die Zustimmung zu dem Verordnungsentwurf heute unmittelbar abgestimmt werden. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch? – Das ist so. Dann verfahren wir so.

Damit kann ich die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 2 eröffnen. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Kerkhoff das Wort.

Matthias Kerkhoff (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag hat die Coronalage am Mittwoch im Rahmen einer Unterrichtung, einer Aktuellen Stunde und eines Eilantrags intensiv erörtert. Bei allen Gemeinsamkeiten, was das Infektionsgeschehen angeht, gibt es in Deutschland derzeit gerade mit Blick auf die Auslastung in den Krankenhäusern erhebliche Unterschiede. Trotz der in Nordrhein-Westfalen gegenwärtig stabilen Lage müssen auch wir uns vorbereiten.

Insbesondere in einigen östlichen Bundesländern und Bayern ist das Gesundheitssystem in besonderer Weise durch die Pandemie belastet. Es droht kurzfristig eine Überlastung. Daher wurde das sogenannte Kleeblattverfahren aktiviert. Das ist die organisatorische Voraussetzung dafür, Patienten aus anderen Ländern aufzunehmen.

Dieser Landtag hat das Infektionsschutz- und Befugnisgesetz im April 2020 und noch einmal im März 2021 in großem Einvernehmen und fraktionsübergreifend beraten und beschlossen. Damals haben wir nicht berücksichtigt, dass eine Konstellation eintreten kann, in der die Gesundheitsversorgung in Nordrhein-Westfalen stabil ist, wir, wie derzeit, vor der Lage sind, aber gleichzeitig in anderen Ländern eine enorm angespannte Situation auftreten kann und wir helfen müssen und auch helfen wollen.

Bundesstaatliche Solidarität, aber auch der gesunde Menschenverstand machen es erforderlich, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Verlegungen aus Krankenhäusern anderer Bundesländer nach Nordrhein-Westfalen stattfinden können, denn heute weiß niemand, ob und wann auch wir einmal auf einen solchen Mechanismus zurückgreifen müssen – in dieser Pandemie oder in anderen Katastrophensituationen, die auftreten könnten.

Unsere Botschaft heute lautet: Wir stehen in dieser schwierigen Zeit zusammen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir werden die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens sicherstellen, ganz gleich, ob sie aufgrund von Corona oder anderer schwerwiegender Erkrankungen akut einer Krankenhausbehandlung bedürfen. Wir stellen ebenfalls sicher, dass Verlegungen im Rahmen des Kleeblattverfahrens stattfinden können.

Um das zu gewährleisten, ist eine Steuerung der Behandlungskapazitäten in unseren Krankenhäusern erforderlich. Um ausreichende Kapazitäten zu schaffen, müssen elektive Maßnahmen gegebenenfalls verschoben, Reservekapazitäten mobilisiert und Intensivkapazitäten reserviert werden. Das klingt technisch, das klingt formal, ich will aber darauf hinweisen, dass behandlungsbedürftige Patienten mit an-

deren Krankheitsbildern aufgrund dieser Maßnahmen länger auf eine adäquate Behandlung warten müssen als vorgesehen. Ich füge hinzu, dass das kein guter Zustand ist. Wir müssen heute auch an diese Personengruppe denken und bei ihnen um Verständnis für die notwendige Regelung bitten.

Die Lage ist bekannt, die Lage ist ernst. Sie erfordert heute von diesem Landtag eine Entscheidung. Damit die Landesregierung die Krankenhäuser anweisen kann, Kapazitäten frei zu halten und elektive Eingriffe zu verschieben, sind eine Gesetzesänderung und eine Verordnung, denen wir zustimmen müssen, erforderlich.

Wir als Parlament haben von Beginn der Pandemie an immer gesagt: Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. – Wir haben Wert darauf gelegt, dass nicht nur die Landesregierung, sondern auch der Landtag schnell in der Lage ist, zu handeln. Heute zeigen wir, dass das so ist und wir in erster und zweiter Lesung ein Gesetz beraten und beschließen sowie einer Verordnung zustimmen können.

Ich danke allen Fraktionen des Hauses, die dieses beschleunigte Verfahren möglich machen, sehr herzlich und bitte um Zustimmung zum Gesetz und zur Verordnung. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kerkhoff. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Höne.

Henning Höne (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Verabschiedung des Infektionsschutz- und Befugnisgesetzes im April des vergangenen Jahres – Kollege Kerkhoff hat es gerade angesprochen – gingen intensive interfraktionale Debatten voraus, geführt in einer, wie ich finde, sehr guten, sehr konstruktiven, sehr ernsthaften Atmosphäre.

Wir hatten zum damaligen Zeitpunkt ganz unterschiedliche Szenarien vor Augen: Bergamo, Straßburg – das alles war weder zeitlich noch geografisch weit weg. Für den Fall einer drohenden Überlastung des Gesundheitssystems in Nordrhein-Westfalen haben wir damals eine gesetzliche Grundlage geschaffen, mittels derer das Gesundheitsministerium unter anderem in die Krankenhausplanung eingreifen kann.

Heute sind wir mit einem herausfordernden Szenario konfrontiert, das nicht zu denen gehört, über die wir damals so intensiv beraten haben. Im bundesweiten Durchschnitt liegt die Sieben-Tage-Inzidenz bei 420. Wäre dieser Wert gleichmäßig verteilt, wäre die Pandemie bei der aktuellen Impfquote zwar definitiv nicht

vorbei und immer noch ernst, aber sie wäre beherrschbar.

Tatsächlich gibt es in Deutschland aber eine sehr, sehr breite Spanne bei den Inzidenzen: In der Sächsischen Schweiz liegt die Sieben-Tage-Inzidenz bei 1.631, in Rendsburg-Eckernförde bei 85,5. In Nordrhein-Westfalen liegt der Durchschnitt bei 274. Selbst die Stadt Leverkusen, die im Moment die höchste Inzidenz in Nordrhein-Westfalen hat, liegt mit 402 noch unter dem bundesweiten Durchschnitt.

Allein diese wenigen Zahlen belegen, dass die Bundesrepublik im Moment unterschiedlich stark von der Pandemie betroffen ist. Der Bund hat reagiert, das Land Nordrhein-Westfalen auch. Die Schutzmaßnahmen wurden in den vergangenen Tagen verschärft. Wir wissen aber aus der Pandemie, dass diese Schutzmaßnahmen einige Tage brauchen, um ihre Wirkung auch in den täglichen Lageberichten zu entfalten. Darum ist es notwendig, die weitere Entwicklung sehr genau zu beobachten.

Im Moment können wir für Nordrhein-Westfalen aber festhalten: Die Lage ist ernst, sie ist angespannt, aber für sich genommen noch beherrschbar. Das ist leider nicht überall in Deutschland der Fall, und darum können und wollen wir hier in Nordrhein-Westfalen helfen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das Kleeblatt Süd und das Kleeblatt Ost – Kollege Kerkhoff hat es gerade schon angesprochen – sind aktiviert worden. Das bedeutet, dass Patienten in andere Regionen verlegt werden können und sollen, um Engpässe zu reduzieren bzw. zu vermeiden und eine höchstmögliche Behandlungsqualität sicherzustellen.

Damit wir uns daran angemessen beteiligen können, wollen und müssen wir in Nordrhein-Westfalen entsprechende Vorkehrungen treffen. Das tun wir unter anderem mit diesem Gesetzentwurf und mit der vorliegenden Verordnung. Wir wollen ausreichend Kapazitäten schaffen. Das ist erlaubt nach dem Infektionsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen im Falle einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite – auch hier wie im Bund keine Zustandsbeschreibung, sondern ein Rechtsbegriff, ein parlamentarischer Schutzmechanismus für besondere Befugnisse der Exekutive.

Die rechtlichen Folgen dieser Feststellung sind sehr groß. Wir haben das damals interfraktionell intensiv diskutiert. Und weil diese rechtlichen Folgen so groß sind, sind die Bedingungen für diese Lage auch in unserem Gesetz eng gefasst.

Die Lage in NRW ist ernst, aber beherrschbar. Gerade deshalb können wir Patientinnen und Patienten aus anderen Regionen helfen. Darum liegt die Lage, wie sie das Gesetz definiert, so nicht vor. Wir ziehen also diese Befugnis des Gesundheitsministeriums

aus der Voraussetzung der epidemischen Lage heraus, damit das Gesundheitsministerium jetzt handeln kann.

Ich will mich ausdrücklich dem anschließen, was Matthias Kerkhoff gerade angesprochen hat. Das kann in den kommenden Tagen und Wochen im Zweifel bedeuten, dass sogenannte elektive Maßnahmen verschoben werden müssen. Das sind ganz schwierige medizinische Entscheidungen, aber auch gesellschaftlich liegt darin ein großes Konfliktpotenzial. Darum bitten auch wir Freien Demokraten die Menschen sehr herzlich um ihr Verständnis für unsere vorbereiteten Maßnahmen. Wir tun alles dafür, um die Auswirkungen möglichst gering zu halten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Maßnahmen sind nicht ausgeschlossen, und das wird sicherlich auch nicht die letzte Debatte in diesem Zusammenhang hier im Hohen Hause sein. Ich sagte es eingangs: Die Lage wollen und müssen wir weiterhin beobachten, in der Regierung genauso wie im Parlament. Weitere Aktivitäten sind notwendig.

Der Aufbau der Intensivkapazitäten ist zum Beispiel ein wichtiger Punkt. In Berlin wird der Pflegebonus diskutiert. Die Impfkampagne – in den letzten Tagen gab es sehr erfreuliche Zahlen – ist ein weiterer wichtiger Aspekt.

Ich sage ganz herzlichen Dank für die Ermöglichung dieses zügigen, außergewöhnlich schnellen Verfahrens. Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat in den letzten anderthalb Jahren stets Verantwortung übernommen, auch unter großem Zeitdruck. Das geht nur, wenn Demokraten gut miteinander über Fraktions- und Parteigrenzen hinweg arbeiten. Dafür bin ich sehr dankbar. Ich werbe um Zustimmung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Höne. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Kutschaty.

Thomas Kutschaty^{*)} (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Meine Vorredner haben es bereits deutlich gemacht: Die Lage ist ernst, und sie wird von Tag zu Tag durchaus dramatischer. Diese Entwicklung macht vor Ländergrenzen nicht halt. Die vierte Coronawelle rollt mittlerweile durch Deutschland, überall steigen die Zahlen bedenklich an.

In Teilen Deutschlands ist die Lage bereits sehr bedrohlich. Es besteht die Gefahr, dass in einigen Ländern, in einigen Regionen Deutschlands Menschen nicht mehr angemessen medizinisch versorgt werden können.

Nordrhein-Westfalen weiß, was Solidarität bedeutet. Wir sind solidarisch. Wir alle sind solidarisch, indem

wir uns impfen lassen und möglichst so verhalten, dass wir nicht zu einer weiteren Ausbreitung der Pandemie beitragen.

Wir fordern diese Solidarität auch bei unseren Bürgerinnen und Bürgern ein. Wir appellieren an die Menschen, sich impfen zu lassen.

Es ist selbstverständlich für uns, dass wir Solidarität nicht nur von anderen fordern, sondern diese auch zeigen, wenn eine Notlage herrscht. Das hat meine Fraktion immer wieder gesagt. Solidarität ist die DNA der SPD, meine Damen und Herren.

Füreinander da zu sein, das ist das, was unsere Gesellschaft auszeichnet, was Menschlichkeit bedeutet. Wenn es um die Gesundheit und jetzt sogar wörtlich um Leben und Tod geht, dann gibt es immer nur einen Weg, nämlich den Weg der Hilfe, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Da darf es auch kein politisches Taktieren geben. Deswegen sollten wir uns heute nicht darüber unterhalten, welche weiteren Maßnahmen auch noch sinnvoll und notwendig sind, wir müssen jetzt diese Maßnahme gemeinsam auf den Weg bringen.

Meine Fraktion stimmt den heute vorgeschlagenen Maßnahmen selbstverständlich zu. Daran gab es zu keiner Sekunde einen Zweifel.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Ich sage aber auch: Wir alle kennen die Regeln. Wir alle wissen eigentlich, was wir tun müssen, um aus dieser Krise herauszukommen. Wir alle sind gefordert, Verantwortung zu übernehmen.

Deshalb auch an dieser Stelle noch einmal meine herzliche Bitte an alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes: Reduzieren Sie Kontakte, wo immer es möglich ist! Tragen Sie eine Maske, eine medizinische Maske, möglichst eine FFP2-Maske, bitte auch über der Nase! Halten Sie Abstand, wo immer es geht!

Und ganz wichtig: Lassen Sie sich impfen! Lassen Sie sich boostern!

Ich bin sehr beeindruckt von den Bildern, die wir im Augenblick sehen können, dass es lange Warteschlangen vor Impfangeboten gibt. Es ist ein ermunterndes Zeichen, dass immer mehr Menschen verstanden haben, worum es geht und wie wir aus dieser Krise herauskommen können. Herzlichen Dank dafür. Lassen Sie sich impfen, und tragen Sie selbst alle dazu bei, dass wir diese Krise überwinden können.

Meine Damen und Herren, egal ob in Bayern, Sachsen oder in Nordrhein-Westfalen: Wir sind solidarisch. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam Verant-

wortung übernehmen. Es geht nicht erst seit heute um viel. Es geht um uns, und es geht uns alle etwas an. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kutschaty. – Für die Fraktion Bündnis 90 spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist es so weit: Wir müssen wieder elektive Eingriffe verschieben. Wir müssen den Gesundheitsminister ermächtigen, Krankenhäuser anweisen zu können, Patientinnen und Patienten aufzunehmen, weil wir solidarisch mit anderen Bundesländern sein müssen.

Ich glaube – die Vorredner haben es schon gesagt –, es ist selbstverständlich, dass wir in Nordrhein-Westfalen, die wir noch Kapazitäten im Krankenhausbereich haben, jenen Menschen helfen, die auf Intensivstationen liegen und um ihr Leben ringen, unabhängig von der Frage, wie das passiert ist. Das ist selbstverständlich.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Bei elektiven Eingriffen – darauf hat der Kollege Kerkhoff auch schon hingewiesen – geht es nicht um Schönheitsoperationen. Herr Gaß, der Vorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft, hat heute erklärt, dass Krebspatienten möglicherweise etwas später behandelt werden. 7 % der Brustkrebsoperationen und 20 % der Darmkrebsoperationen müssten verschoben werden sowie verschiedene andere Vorgänge. Deswegen müssen wir alle sehr klar kommunizieren, dass wir jetzt von den Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen erwarten, dies zu tun.

Kollege Kutschaty hat richtigerweise gesagt, dass wir an die Menschen in den Ländern in Deutschland mit einer geringeren Impfquote appellieren müssen, sich impfen zu lassen, Abstand zu halten und alles dafür zu tun, dass sich der jetzige Zustand nicht noch weiter dramatisiert.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Es ist schwierig, zu sagen, ob die Situation beherrschbar ist oder nicht. Dazu hat jeder eine unterschiedliche Einschätzung. Nur, nach den Rückmeldungen aus den Kommunen in Nordrhein-Westfalen müssen wir Sorge haben, dass die Kontaktnachverfolgung so funktioniert, wie sie funktionieren müsste, dass alle Maßnahmen so durchgeführt werden können, wie es eigentlich sein müsste.

Sicher ist, dass in Sachsen, Thüringen und großen Teilen von Bayern – das hat ja auch Kollege Höne eben beschrieben – die Not sehr groß ist. In Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, gibt es Bundesländer, in denen die Krankenhausversorgung unter den jetzigen Umständen in der Intensivmedizin nicht mehr sichergestellt ist.

Herr Preis, der Chef der Apothekerinnen und Apotheker in Nordrhein-Westfalen, weist sogar darauf hin, dass Schnelltests knapp werden und nicht mehr bestellt werden können.

Wir Grüne – und da sollten wir uns hier im Landtag einig sein – weisen darauf hin, dass wir die Lage nicht nur für sehr angespannt halten, sondern sehen, dass die bundesweite Situation sogar mehr als angespannt ist.

Wir müssen jetzt alles tun und politisch zusammenarbeiten – fraktionsübergreifend und unabhängig von parteipolitischen Hintergründen. Wir müssen in dem Krisenstab, der jetzt auf Bundesebene kommt, und in den Stäben der Länder unmittelbar zusammenarbeiten und nicht mehr darauf gucken, wer wann was gesagt hat. Jetzt müssen die notwendigen politischen Entscheidungen getroffen werden, um die dramatische Situation abzumildern und die Welle zu brechen.

Vielleicht müssen wir uns dann in drei, vier, fünf Wochen – so lange dauert das Ganze nämlich – nicht fragen, was passiert, wenn wir elektive Eingriffe verschieben. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass es nicht nötig ist, in vier, fünf, sechs Wochen noch mehr Operationen in Nordrhein-Westfalen zu verschieben, als es jetzt der Fall ist, um die Situation meistern zu können.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann ich nur sagen: Wir brauchen einen engen Schulterschluss aller Demokratinnen und Demokraten in Deutschland und ein klares Hilfsangebot an diejenigen, die es nötig haben, aber auch einen klaren Blick dafür, dass wir in einer ausgesprochen schwierigen Situation sind. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Dr. Vincentz.

Dr. Martin Vincentz* (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein, zwei Worte zu Beginn zu der Herkunft des Begriffs „Welle“: Wenn Sie sich einmal auf der Europakarte anschauen, wie sich das Infektionsgeschehen aktuell ausbreitet, dann können Sie dort einige spannende Beobachtungen machen. Dieser Begriff hat sich nicht im luftleeren Raum geformt, sondern es

gibt tatsächlich eine geografische Ausbreitung der Erkrankung.

Über Europa rollt gerade die Erkrankungswelle, aber es gibt ganz gute Nachrichten beispielsweise aus Bulgarien und Rumänien. Dort ist die auch geografisch recht scharf begrenzte Welle anscheinend mittlerweile vorbeigerollt, und die Infektionszahlen sinken wieder.

Es gibt erste Hinweise darauf, dass in einigen Landkreisen in den Grenzregionen von Sachsen und Bayern – das können Sie im nationalen Vergleich auch sehr schön sehen – die Färbungen auf der Karte, die Sie alle kennen, von dunkellila langsam wieder auf dunkelrot zurückgehen. Es gibt einen leichten Hoffnungsschimmer, dass vielleicht erste Teile der Welle Deutschland quasi schon wieder verlassen.

Der R-Wert liegt aktuell auf Bundesebene bei 1,04, meine ich, gelesen zu haben. Auch das deutet darauf hin, dass wir vielleicht in den nächsten Wochen bundesweit keine Zunahme mehr haben, sondern eine Verteilung der Fälle.

Das ist allerdings das Problem, weswegen wir heute darüber sprechen. Es gibt sehr starke regionale Unterschiede, auch aufgrund der neuen Beschaffenheit der Delta-Variante, die zu sehr starken spontanen Ausbrüchen in relativ begrenzten regionalen Umfeldern führt, die dann allerdings auch spontan wieder stark abflachen. Aber das führt eben zu sehr starken Belastungssituationen in einigen speziellen Krankenhäusern.

Wenn wir sehen, dass wir über die letzten anderthalb Jahre bundesweit mehrere Tausend Intensivbetten sogar verloren haben – in NRW sind es immerhin über 1.000 –, und feststellen, dass wir beispielsweise in den Grippewintern 2017/18 schon an der Belastungsgrenze in unserem Gesundheitssystem waren und die Intensivkapazität knapp geworden ist, dann kann man sich jetzt, wo eine neue Erkrankung noch on top kommt, vorstellen, dass es in regionalen Zentren zu sehr dramatischen Szenen kommt, sodass eine Verlegung in die Breite absolut sinnvoll erscheint.

Wenn wir dann wiederum betrachten, dass aktuell in der Bundesrepublik bzw. auch hier in Nordrhein-Westfalen schon Niederländer und Belgier behandelt werden, dann stellt sich die Frage, warum es rechtliche Unsicherheiten gibt, jemanden aus Niedersachsen oder Rheinland-Pfalz aufzunehmen. Das erinnert eher an das Heilige Römische Reich, in dem es solche etwas komplexen Gesetzgebungen vielleicht gab. Aber es verdeutlicht im Prinzip auch, dass hier dringender Nachbesserungsbedarf besteht.

Zwei kurze Hinweise noch zu einem Gesetz, das sonst recht unstrittig ist:

Erstens. Warum sollte man über Dinge reden, die unstrittig sind? Der Kollege Mostofizadeh hat es gerade

schon gesagt. Bei den elektiven Eingriffen geht es ja nicht um den eingewachsenen Fußnagel – der würde Ihnen kein Intensivbett freiräumen –, sondern es geht um sehr schwere Operationen, die es nach der Operation nötig machen, dass jemand für mehrere Tage auf der Intensivstation liegt. Nur so bekommen Sie ja, wenn Sie diese Eingriffe absagen, Intensivbetten frei.

Wenn man sich vor Augen führt, was das für die Menschen im Einzelnen bedeutet, was eine abgesagte Krebsoperation bedeutet, was eine abgesagte Transplantation im Einzelnen bedeutet, dann weiß man, dass man diese Maßnahmen nur im äußersten Notfall ergreifen kann. Das verdeutlicht vielleicht noch einmal, wie sorgsam man an der Stelle mit dem Thema umgehen muss.

Der zweite Punkt, den ich gerne ansprechen würde, sind die Ausgleichszahlungen. Wenn man irgendwo in unserem extrem hochregulierten Gesundheitssystem an einer Schraube dreht, dann verändern sich 35 andere Ventile, die man am Anfang noch nicht sieht. An der Stelle würde meine Fraktion gerne darum bitten, dass man kritisch und zeitnah evaluiert, was das im System auslöst. Denn es gibt ja durchaus Dinge – in der Historie betrachtet –, wo Investitionen dazu führen, dass es dann zu recht unschönen Ausweichsituationen im Gesundheitssystem kommt. Darauf sollte man zumindest ein Auge behalten.

Ansonsten werden wir an dieser Stelle dem Gesetzentwurf in dieser Form zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. – Für die Landesregierung spricht Herr Ministerpräsident Wüst.

Hendrik Wüst, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Gesundheit der Menschen, Leib und Leben zu schützen, ist unsere wichtigste Aufgabe. In der Pandemie kann das niemand alleine – kein Mensch und auch kein Land. Wer gestern geholfen hat, braucht heute selber Hilfe. Wer gestern Hilfe brauchte, kann heute schon anderen helfen. Die Lage in der Pandemie ist dynamisch und nimmt in anderen Teilen Deutschlands immer dramatischere Züge an.

Deswegen will ich den Fraktionen ganz herzlich dafür danken, dass wir diesen Tagesordnungspunkt heute sehr, sehr zügig beraten können.

Heute werden die ersten Patienten aus anderen Teilen Deutschlands mit Bundeswehrmaschinen nach Nordrhein-Westfalen geflogen, damit die Menschen hier behandelt werden können. Bei uns ist die Situation so, dass wir helfen können. Und das tun wir. Das ist für Nordrhein-Westfalen selbstverständlich.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Um die Kapazitäten sowohl für diese Hilfe als auch für die Entwicklung hier im Land zu haben, kann es notwendig werden, dass wieder geplante Operationen verschoben werden müssen. So erhalten wir die notwendigen Kapazitäten. So schaffen wir auch Vorsorge für die Menschen, die sich in den letzten Tagen hier bei uns infiziert haben; denn auch von diesen Menschen werden viele im Krankenhaus behandelt werden müssen, gerade die Ungeimpften.

Deswegen gilt erneut mein Dank allen Pflegerinnen und Pflegern sowie Ärztinnen und Ärzten für ihre oft kräftezehrende und auch psychisch sehr belastende Arbeit.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der AfD)

Die Verschiebung planbarer Operationen ist in der Pandemie schon mehrfach vorgekommen. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass das jetzt auch viele Menschen trifft, die sich haben impfen lassen, die vorsichtig waren, die aber aus ganz anderen Gründen operiert werden müssen. Das ist eine gigantische Solidarleistung, die wir diesen Menschen jetzt abverlangen.

Das zeigt, wie schwierig die Situation wieder ist. Es liegen schwierige Wochen vor uns.

Was wir heute tun – ich will gerne einfügen: auch der Ton, in dem dieses Hohe Haus es tut –, zeigt aber auch, was der Weg aus der Pandemie heraus ist: Verantwortung, Solidarität und Zusammenhalt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

So kommen wir gemeinsam durch diese schwierige Zeit. – Ich will noch einmal herzlich dafür danken.

(Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Debatte zu diesem neuen Tagesordnungspunkt 2 gelangt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 17/15768 in der ersten von zwei Lesungen. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle im Haus vertretenen Fraktionen. Ich frage dennoch der guten Ordnung halber, ob es Gegenstimmen gibt. – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Enthaltungen gibt es auch keine. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/15768 in erster Lesung einstimmig angenommen.**

Wie wir vorhin gemeinsam noch einmal festgestellt haben, haben die Fraktionen vereinbart, die zweite

Lesung unmittelbar im Anschluss durchzuführen. Auch da frage ich vorsichtshalber, ob es dabei bleibt. Erhebt sich Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Es gibt keinen Widerspruch gegen dieses Verfahren.

Damit kann ich dann die zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/15768 aufrufen. Es handelt sich um das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz.

In Verbindung damit haben wir geredet über – darüber müssen wir gleich auch entscheiden – den Entwurf einer Verordnung zur Steuerung der stationären Versorgungskapazitäten, und zwar mit der Vorlagennummer 17/6061.

Ich muss Sie darauf hinweisen, dass die heute Morgen verteilte Vorlage des Entwurfs der Verordnung eine andere Vorlagennummer trägt, nämlich die Vorlagennummer 17/6053. Diese Vorlage ist auch über das Parlamentsinformationssystem im Rahmen der Parlamentsinformationsvereinbarung verschickt worden.

Die jetzt maßgebliche Vorlage, über die wir gleich abzustimmen haben, trägt die Vorlagennummer 17/6061 und ist der anderen Vorlage gegenüber nur redaktionell geändert. Das ist mehrfach geprüft worden.

Es tut mir sehr leid, dass ich Ihnen mitteilen muss, dass wir aus technischen Gründen und aufgrund der Kürze der Zeit diese umfangreiche Vorlage für Sie nicht haben drucken können, sodass wir Ihnen die neue Vorlage nicht verteilen können. Sie wird zurzeit in OPAL eingestellt, aber ist noch nicht bei Ihnen angekommen.

Jetzt muss ich Sie bitten ... Ich schaue der Landesregierung dabei tief in die Augen. Es ist wirklich nur eine redaktionelle Änderung. Das ist mehrfach geprüft worden. Dennoch frage ich, ob wir an dieser Stelle, wenn wir gleich den Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschieden, auch die Vorlage, also die notwendige Verordnung, verabschieden können. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann danke ich, danken wir Ihnen ganz herzlich.

Damit können wir jetzt in die Abstimmung eintreten.

Wir stimmen erstens über den Gesetzentwurf Drucksache 17/15768 nach der ersten Lesung ab. Wir befinden uns in der zweiten Lesung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind erneut alle im Landtag vertretenen Fraktionen. Auch hier frage ich, ob es Gegenstimmen gibt. – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Enthaltungen kann ich auch nicht feststellen. Dann ist der **Gesetzentwurf Drucksache**

17/15768 in zweiter Lesung von Ihnen, von uns einstimmig **angenommen** worden **und verabschiedet**.

Wir kommen jetzt zur Zustimmung zu dem Verordnungsentwurf Vorlage 17/6061. Wer möchte diesem Verordnungsentwurf zustimmen? – Das sind ebenfalls alle im Haus vertretenen Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Dann danke ich ganz herzlich und stelle fest, dass **die Zustimmung zur Vorlage 17/6061** ebenfalls einstimmig **erfolgt** ist.

Damit sind wir am Ende von Tagesordnungspunkt 2 angekommen.

Ich rufe auf:

3 Feststellung gemäß § 46 Abs. 6 S. 2 Landeswahlgesetz

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15770

Eine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt ist nicht vorgesehen.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wer also dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/15770 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Demzufolge von der AfD-Fraktion. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Antrag Drucksache 17/15770 angenommen**.

Ich rufe auf:

4 Schicksal und Geschichte von Verschickungskindern anerkennen, aufarbeiten, sichtbar machen.

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15632

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin hat Frau Kollegin Quik für die CDU-Fraktion das Wort.